

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 20

Ausgegeben am 11. Februar 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Die Weltwirtschaftskrise

Von Heinrich Cunow

Die schwere Wirtschaftskrise, die seit ungefähr drei Monaten die Hauptstaaten des modernen kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes, die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich, erfaßt hat, dehnt ihren Wirkungskreis immer weiter aus. Auch aus den europäischen Kleinstaaten melden die Handelsberichte zunehmende Absatzstockungen, Preißeinbrüche, Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen.

Am schärfsten trifft die Krise nicht, wie vielleicht mancher Zeitungsleser anzunehmen geneigt ist, in den besiegten Ländern auf, sondern in den Siegerstaaten mit ausgedehnter Produktion, großen Geldreserven und hohem Valutastand, vornehmlich also in der nordamerikanischen Union und in England. Das bedeutet nicht, daß der Wohlstand jener beiden Länder nur trügerischer Schein ist und Deutschlands Wirtschaft trotz der heutigen Notlage auf sichereren Fundamenten ruht, noch, wie der französische Ministerpräsident Briand kürzlich in seiner Antrittsrede meinte, daß Deutschlands Wirtschaftskraft im ganzen weniger durch den Krieg gelitten hat als die Frankreichs, folglich also, da sonst ein himmelschreiendes Unrecht entstände, Deutschland noch mehr geschöpft werden müsse. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika am meisten, dann als nächstfolgender Staat England und erst in dritter Reihe Frankreich von der Wirtschaftskrise betroffen werden, während Deutschland bisher nur verhältnismäßig schwach davon berührt worden ist, beweist vielmehr gerade die wirtschaftliche Vollblütigkeit Amerikas und Englands; denn die heutige Weltkrise ist nicht etwa eine Folge zu geringer produktionseller Leistungsfähigkeit dieser beiden Länder, sondern im Gegenteil einer Aufhäufung von Warenvorräten, welche die einheimische Konsumtionsfähigkeit jener Staaten beträchtlich übersteigt und, da infolge der Ausschaltung der mitteleuropäischen Staaten und Rußlands aus der internationalen Kaufkraft ein genügender Absatz nach auswärts nicht möglich ist, auf die aus der Kriegszeit übernommene hohe Preislage drückt. Eine solche aus einer zu starken Produktionsanspannung heraus entstandene Überfülle ist aber nur dort möglich, wo die Produktionskraft eine wesentliche Steigerung erfahren hat, nicht, wo die Produktivität, wie das in Deutschland der Fall ist, beträchtlich zurückgegangen ist. Und ferner ist klar, daß ein Staat von der Krise in anderen Ländern um so weniger berührt wird, je mehr er infolge seiner inneren wirtschaftlichen Schwäche aus dem internationalen Konkurrenzgetriebe ausgeschaltet ist und der niedrige Stand seiner Valuta die Einfuhr fremder Industrieartikel hemmt. Wäre Herrn Briands schöne Theorie richtig, dann müßte auch die Wirtschaftskraft Frankreichs größer sein als die Uncle Sams — was der Herr Ministerpräsident doch wohl selbst kaum glaubt —, und dann müßte ferner Deutsch-Oesterreich

noch weit gesünder sein als Deutschland, denn es blieb bisher noch mehr als dieses von der Weltwirtschaftskrise verschont.

Schon im März und April vorigen Jahres zeigten sich in den Vereinigten Staaten die ersten Symptome einer Absatzkrise, die zu verschiedenen Preisstürzen und einer Steigerung des Marktkurses gegenüber dem Dollar führten. Von Ende Januar bis Ende Mai fiel der Kurswert des Dollars von 100 bis auf 39 Mark. Ursache dieser Krise war schon damals neben allerlei amerikanischen Finanzspekulationen das Überangebot an amerikanischen Waren, vornehmlich an Rohprodukten und sogenannten Halbstoffen.

Man hatte in der Union bereits während des letzten Kriegsjahres beträchtliche Warenvorräte, besonders Rohstoffe und Lebensmittel, aufgehäuft — in der Erwartung, daß in dem von solchen Artikeln entblößten Europa alsbald nach Beendigung des Krieges eine starke Nachfrage hervortreten werde. Nach Friedensschluß stellte sich auch tatsächlich trotz der verringerten Kaufkraft der meisten europäischen Staaten eine starke Nachfrage nach amerikanischen Erzeugnissen ein. Die Folge der verstärkten Nachfrage war zunächst eine weitere Preissteigerung der amerikanischen Erzeugnisse. Aber wenn auch der Bedarf der europäischen Staaten an manchen Rohstoffen und Lebensmitteln ein recht beträchtlicher war, so hatte doch der Krieg die Kaufkraft dieser Staaten für die amerikanischen Erzeugnisse derart beschränkt, daß der amerikanische Export bald abflaute. Zudem hatte die verstärkte Einfuhr der Kontinentalstaaten Europas, da dieser ein entsprechender Export nach Amerika nicht gegenüberstand, bald ein Sinken ihrer Valuta zur Folge, und sinkende Valuten wirken bekanntlich dem Import entgegen. So sah sich denn die amerikanische Handelswelt, wollte sie nicht auf die Mehrung ihrer Ausfuhr nach dem europäischen Kontinent verzichten, zu einem Druck auf die Preise der amerikanischen Exportwaren und zu einer Hebung des Valutastandes der für den Export vornehmlich in Betracht kommenden europäischen Kontinentalstaaten genötigt. Die Folge war, daß im Februar bis April vorigen Jahres die Preise einer Reihe amerikanischer Erzeugnisse beträchtlich zu sinken begannen und, wie schon erwähnt, der Dollarkurs auf 39 Mark herabglitt.

Eine baldige weitere Verschärfung der Krise schien fast unvermeidlich, wurde aber, wenn auch nicht abgewehrt, so doch dadurch hinausgezögert, daß nun in Amerika mannigfache Produktionseinschränkungen einsetzten und zugleich die Farmervereinigungen wie auch manche Großhandelsfirmen ihre Waren von den Märkten bis zu einer günstigen Wendung der Preiskonjunktur zurückzuhalten suchten, ein Widerstand gegen den weiteren Preisfall, bei dem sie teilweise von der Bankfinanz, der ein zu rascher Preis- und Kurssturz nachteilig erschien, durch Kreditgewährungen unterstützt wurde.

Dadurch gelang es vorläufig, eine weitere Zuspitzung der Krise zu vermeiden und sie gewissermaßen in einem latenten Zustand oder, wenn man so sagen darf, in der Schwebe zu erhalten. Lange ließ sich jedoch trotz solcher Gegenmaßnahmen der Preisfall nicht hinfanhalten. Seit September schreitet drüber die Krise wieder mächtig vorwärts. Die Wiederanhäufung der Industriewarenvorräte und der Bodenprodukte drängte erneut zum Abstoß, zumal das Jahr 1920 infolge der größeren in Anbau genommenen Fläche und der günstigeren Witterung einen weit reichlicheren Ernteertrag lieferte

als die beiden Vorjahre. Nach Angaben des New Yorker Guaranty Trusts soll zum Beispiel im Jahre 1920 die Baumwollproduktion den normalen Bedarf respektive Absatz um 8 Millionen Ballen, die Weizenproduktion den Bedarf um 300 Millionen Bushel, die Produktion an Schlachthauszeugnissen um 250 Millionen Dollar (nach dem heutigen Kursstand ungefähr  $14\frac{1}{4}$  Milliarden Mark) übertreffen. Wohl suchten die Farmer diesem Überfluß zu wehren. Wie amerikanische Blätter berichten, sollen, um die Marktzufuhr zu verringern, beträchtliche Weizenmengen als Brennstoff verwendet worden sein. Zugleich wurde erneut versucht, namhafte Kredithilfen von den Landbanken und der Zentralbank Federal Reserve Board zu erhalten, doch hat diese Zentralbank alle Kreditgewährungen abgelehnt, die nur der Zurückhaltung der Landprodukte vom Markt dienen, und diesem Vorgehen haben sich eine Reihe kleinerer und größerer Landbanken angeschlossen. Vielfach haben sie ihre Pforten zugemacht oder ihre Zahlungen eingestellt; allein in Norddakota, wo die Lage der Farmer eine besonders bedrängte sein soll, haben nach den letzten Berichten 27 Landbanken geschlossen.

Diese Weigerung der Banken, weitere Vorschüsse auf Getreide und Baumwolle zu geben, veranlaßte umfangreiche Liquidationsverkäufe. Wie weit bereits die Preise gesunken sind, zeigt ein Vergleich der wichtigeren Börsennotierungen: Baumwolle, die noch vor einigen Monaten 40 Cent für ein amerikanisches Pfund kostete, notiert jetzt an der New Yorker Börse 15 Cent, der Weizen, der am 15. Oktober in Chicago noch 228 notierte, kostete am 27. Januar nur 164; Mais sank im gleichen Zeitraum von 124 auf 67; Schmalz von 20,8 auf 13,6 usw. Kein Wunder, daß aus den Südstaaten berichtet wird, unter den Baumwollfarmern herrsche wilde Panik, denn die Produktions- und Transportkosten hätten sich dort infolge des Krieges derart gesteigert, daß der Farmer die Baumwolle, wenn er nicht mit Verlust arbeiten wolle, kaum unter 25 bis 28 Cent pro Pfund verkaufen könne.

Noch stärker als diese landwirtschaftlichen Produkte sind in den letzten beiden Monaten die Preise mancher Halb- und Fertigfabrikate gefallen, vornehmlich von Baumwoll- und Wollfabrikaten (die Überproduktion von Wolle ist fast noch größer als die von Baumwolle), Wirtschaftsgegenständen, besseren Metallwaren, Brenn- und Leuchtmaterialien usw. Ferner sind auch die Preise für manche Roh- und Halbprodukte, wie zum Beispiel Felle, Häute, Gummi (Kautschuk), Eisen, Stahl, Kupfer, Wolle, Seide in raschem Fallen begriffen.

Das Mittel, mit dem die amerikanische Industrie der Krise zu begegnen sucht, ist, wie gewöhnlich, starke Einschränkung der Erzeugung. Solche Einschränkung aber bedeutet Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion. Und tatsächlich haben denn auch in den letzten Monaten so massenhafte Arbeiterentlassungen stattgefunden, daß offiziell die Zahl der völlig Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf  $3\frac{1}{4}$  bis  $3\frac{1}{2}$  Millionen geschätzt wird. Hinzu kommt die große, leider nicht feststellbare Zahl jener Arbeiter, die eine verkürzte Arbeitszeit haben oder nur drei, vier Tage in der Woche arbeiten — eine Zahl, die recht beträchtlich sein muß, denn, um ihre Mitglieder nicht ganz erwerbslos werden zu lassen und dadurch vielleicht zu verlieren, ziehen die amerikanischen Gewerkschaften durchweg die

Halb- oder Dreiviertelbeschäftigung einer völligen Entlassung der überflüssigen Arbeiter vor. Zugleich werden, vornehmlich aus der Textil-, Eisen- und Stahl-, Maschinen- und Schiffbauindustrie, beträchtliche Lohnherabsetzungen gemeldet, teilweise von 30 bis 35 Prozent.

Geringer ist der Einfluß der Krise in England, wo sie vor allem die nordenglische Baumwollindustrie, weniger die Metallindustrie erfaßt hat. Immerhin ist die Arbeitslosigkeit auch in England eine recht beträchtliche. Nach den offiziellen Veröffentlichungen vom 10. Dezember betrug die Zahl der Arbeitslosen 544 000 (darunter 265 000 Kriegsteilnehmer und 131 000 Frauen), nach den neuesten Veröffentlichungen stellt sich die Gesamtziffer sogar auf 846 000. In Wirklichkeit ist die Zahl noch beträchtlich höher; denn die Statistik erfaßt nur die Personen, die auf den Arbeitsbörsen als stellungsuchend registriert sind, nicht die Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen den Arbeitsbörsen fernbleiben. Die Anzahl dieser Fernbleibenden wird aber von englischen Arbeiterführern, zum Beispiel von Clynès, auf mindestens eine weitere halbe Million geschätzt. Und zu diesen kommt schließlich auch in England die Masse der nicht Vollbeschäftigten und demnach auch nicht Vollentlohnten.

Weit weniger leidet Frankreich unter der Weltwirtschaftskrise. Nur in bezug auf einzelne Zweige der Metallindustrie, besonders der Roheisen- und Halbzeugindustrie, der nordfranzösischen Textilindustrie und zum Teil auch der Lyoner Seidenfabrikation kann man von einer eigentlichen Krise sprechen. Die Ursachen dieser relativ geringen Ausbreitung der Krise in Frankreich sind leicht erklärt: abgesehen von den genannten Teilgebieten der französischen Industrie finden wir dort nirgends eine wirkliche Überproduktion; eher läßt sich, wenn man Vergleiche zu früheren Zeiten zieht, eine relative Unterproduktion in einzelnen Industriezweigen konstatieren. Aberdies aber nimmt der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete manche Arbeitskräfte in Anspruch. Ferner hat der Krieg in Frankreich noch weit mehr arbeitsfähige Männer hinweggerafft als in Deutschland, und von diesen Arbeitsfähigen stehen noch heute mehr als 800 000 unter der Fahne, sind also dem Arbeitsmarkt entzogen.

Am wenigsten von den genannten Ländern hat bisher Deutschland unter der Weltkrise gelitten. Seine Arbeitslosenziffer ist in den letzten Monaten im ganzen nur wenig gestiegen, kaum mehr, als das oft auch in früheren Zeiten während der Wintermonate der Fall gewesen ist. Und die Preisrückgänge am Warenmarkt sind im Verhältnis zu denen Amerikas mäßig; auch beschränken sie sich in der Hauptsache auf Erzeugnisse der Textilindustrie und auf bestimmte Kolonial- und überseeische Bodenprodukte wie Kaffee, Tee, Reis, Sago, Maisfabrikate, Gewürze usw.

Es ist aber meines Erachtens unausbleiblich, daß die Preisstürze in Amerika und England, falls nicht eine erneute erhebliche Verschlechterung des deutschen Marktkurses eintritt, auch auf dem deutschen Warenmarkt zu einem weiteren Preisfall führen. Im Mai vorigen Jahres schien es, als wenn der deutsche Markt damals schon in die einsetzende amerikanische Wirtschaftskrise hineingezogen werden würde, wenn sich auch, wie ich in meinem Artikel »Valutastand und Preisabbau« (Neue Zeit, Heft 11 vom 11. Juni 1920, S. 246) schrieb, bereits gewisse Gegen Tendenzen zeigten, »die den Preisfall aufzuhalten und abzulenken, zeitweilig sogar wieder ein beträchtliches Herab-

gleiten des Markkurses und erneute Preissteigerungen zu verursachen« vermöchten. Daß solche Gegentendenzen auf dem deutschen wie dem amerikanischen Warenmarkt vorhanden waren, ließ sich nicht verkennen; immerhin glaubte ich, die Rückwärtsbewegung der Preise auf dem amerikanischen Markt werde stark genug sein, auch die deutschen Produzenten und Händler zu einem weiteren Preisabbau zu zwingen. Das ist nicht geschehen. Weshalb nicht, ist heute deutlich zu erkennen. Erstens kam die amerikanische Wirtschaftskrise nicht zum vollen Durchbruch, sondern es gelang, wie bereits erwähnt, sie durch Zurückhaltung der amerikanischen Produkte vom Markt vorläufig in einem latenten Zustand zu erhalten. Zweitens wirkte der allzu schnelle Aufstieg unserer Valuta lähmend auf unsere Ausfuhr zurück. Nicht nur liefen die neuen Aufträge auf deutsche Erzeugnisse weit spärlicher ein als vorher, sondern es wurden vielfach auch bereits erteilte Bestellungen von den ausländischen Importeuren kurzweg zurückgezogen. Und drittens wirkte die Beamtenbeförderungsreform, indem sie vorübergehend die Kaufkraft stärkte, anregend und belebend auf den inneren deutschen Warenumsatzmarkt. Der begonnene Preisabbau wurde dadurch gehemmt, teilweise sogar neue Preissteigerungen hervorgerufen und zugleich, da die Mittel für die Auszahlung der erhöhten Beamtengehälter durch eine vermehrte Ausgabe von Banknoten beschafft werden mußten, die Noteninflation vergrößert, das heißt die Valuta weiter verschlechtert.

Damit soll nichts gegen die Beamtenbeförderungsreform gesagt sein. Sie war eine Notwendigkeit. Aber richtig bleibt deshalb doch, daß sie im Sommer vorigen Jahres den Preisabbau gehemmt, eine neue Überschwemmung des Marktes mit Papierwerten hervorgerufen und das Wiederanziehen der Preise begünstigt hat. Treffend heißt es in dem jüngst veröffentlichten Jahresbericht der Berliner Handelskammer über die Valuta- und Preisbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 1920:

Auch die Preise zogen bald wieder an und vermochten einen Teil der durch den Rückschlag eingetretenen Verluste auszugleichen. Der Grund für diese Wiederbelebung lag darin, daß nach wie vor ein ungeheurer Bedarf vorhanden war, welcher durch die Monate der Zurückhaltung im Einkauf sich noch gesteigert hatte. Nachdem die Überzeugung Platz gegriffen hatte, daß ein weiterer Abbau der Preise nicht zu erwarten sei, mußten endlich Käufe getätigt werden. Einen weiteren Ansporn für die größere Kauflust bot auch die wieder einsetzende sinkende Valuta; es trat die Befürchtung auf, daß eine weitere Verschlechterung des Markkurses erhöhte Preise nach sich ziehen würde. Alle genannten Gründe riefen die Käufer auf den Markt, zumal auch die allgemeine Kaufkraft mittlerweile durch weitere Lohnaufbesserungen aufs neue angefaßt worden war.

Es war aber irrig, aus dem Wiederaufleben des Verkehrs in den letzten fünf Monaten des Jahres auf eine Stärkung unserer Wirtschaft schließen zu wollen. Das Mißverhältnis zwischen dem erarbeiteten Einkommen weiter Bevölkerungsschichten und den Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel wurde immer größer. Nach wie vor stand ein ungeheurer Bedarf einer nicht genügenden Warenmenge gegenüber, deren Erwerb die Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung überstieg. Er war demgemäß nur eine scheinbare Auswärtsbewegung, die keine reale Grundlage hatte und an die daher keine Erwartungen geknüpft werden konnten. Das Vertrauen zur Lage mußte auch besonders dadurch erschüttert werden, daß auf den Weltmärkten eine Überwindung der im Frühjahr eingetretenen Stockung nicht wahrzunehmen war.

Ganz richtig, nur hätte die Berliner Handelskammer hinzufügen sollen, daß das »wiedereinsetzende« Sinken der Valuta hauptsächlich durch die neue Notensflut veranlaßt wurde, und diese im wesentlichen eine Folge des durch die Beamtengehaltserhöhungen hervorgerufenen vermehrten staatlichen Geldbedarfs war; und ferner hätte sie die neue Ansachung der Kaufkraft nicht nur mit den »weiteren Lohnaufbesserungen«, sondern zugleich mit der Aufbesserung der Beamtengehälter begründen sollen.

Auch heute stehen, wie um die Mitte des vorigen Jahres, der rückläufigen Preisbewegung verschiedene Gegen Tendenzen gegenüber. Schon die jetzige forcierte in- und ausländische Valutaspekulation in deutschen Marktwerten und vor allem der drohende Versuch einer Zwangsdurchführung der kürzlich in Paris von den Vertretern der Entente an Deutschland gestellten Kriegsschadigungsforderungen bergen in sich gewisse, die Preis senkung auf dem deutschen Warenmarkt aufhaltende Gegenwirkungen. Aber die Krise greift diesmal doch zu tief in das Wirtschaftsleben der beiden größten kapitalistischen Staaten ein und hat bereits zu sehr auf die Märkte einer Reihe kleiner europäischer Staaten übergegriffen, als daß sich ihre Rückwirkung auf den deutschen Warenmarkt aufheben ließe. Zweifellos wäre eine Stockung des Preisfalls für Deutschland ein schädlicher Rückschlag; denn mag die Preis senkung auch für einzelne manche Verluste mit sich bringen, so bleiben eine weitere Preisermäßigung der zum Lebensunterhalt der großen Masse nötigen Bedarfsartikel und die Besserung unserer Valuta doch die erste Grundbedingung einer zunehmenden Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens.

Freilich bedingt der Rückgang der Weltmarkts- und Großhandelspreise noch nicht in gleichem Maße einen Rückgang der Kleinhandelspreise, vor allem nicht in einem Staat, der, wie heute Deutschland, insolge seiner völligen finanziellen Abhängigkeit vom Belieben fremder Staaten und seiner elenden Valuta teilweise vom freien internationalen Handelsverkehr ausgeschaltet ist. Vergleicht man das Differenzverhältnis der Großhandels- zu den Kleinhandelspreisen auf dem amerikanischen und englischen Markt, so findet man, daß der Rückgang der letzteren teilweise ganz beträchtlich hinter dem der Großhandelspreise zurückgeblieben ist. Die amerikanische Preisstatistik zeigt sogar, daß verschiedene Kleinhandelspreise für allgemeine Bedarfsartikel noch gestiegen sind, nachdem bereits im Großhandel die Preise für jene Artikel erheblich gefallen waren. Dieselbe Beobachtung können wir heute in Deutschland machen. Die Kleinhändler haben teilweise für die Waren, die sie auf Lager haben, noch die alten höheren Preise bezahlt, und sie suchen nun zunächst mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln nicht nur ihre früheren Ladenpreise, sondern auch ihre früheren Profitzuschläge hochzuhalten: ein Bestreben, das durch die heutige Sorglosigkeit und Leichtsinngigkeit der Käufer, ohne Rücksicht auf die Preisbewegung des Großhandels einfach dem Detailhandel die geforderten Preise zu zahlen, wesentlich unterstützt wird. Namentlich gilt das von jener während des Krieges hochgekommenen, aus Kriegslieferanten, Schiebern, Lebensmittelwucherern und Valutaspekulanten bestehenden neuen, parvenühaften Bourgeoisie, die ihr Geld ebenso leicht ausgibt, wie sie es gewonnen hat.

Doch solche künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise ist immer nur eine Zeitlang möglich, schließlich müssen sie sich insolge der

Konkurrenz doch den Preisen des Großhandels anpassen; und das kaufende Publikum hat es heute größtenteils selbst in der Hand, diese Anpassung zu beschleunigen, indem es sich durch die in allen Zeitungen enthaltenen Reklameanzeigen »billiger Aus- und Gelegenheitsverkäufe« nicht dazu bewegen läßt, Industriewaren einzukaufen, die es voraussichtlich infolge des »Käuferstreiks« in zwei, drei Monaten erheblich billiger wird erhalten können.

Im wesentlichen ist also die jetzige Weltwirtschaftskrise nichts anderes als die Folge einer starken Überproduktion der nordamerikanischen Union und Englands und der Unmöglichkeit, diesen Warenüberschuß infolge der Ausschaltung Rußlands aus dem internationalen Warenverkehr und der Niederhaltung der Kaufkraft der mitteleuropäischen Staaten zu lohnenden Preisen loszuwerden — trotz des großen Bedarfs, der unzweifelhaft für viele dieser Artikel in Mittel- und Osteuropa vorhanden ist. Welcher Blödsinn war es zum Beispiel nicht vom Standpunkt einer vernünftigen, auf möglichst baldige Wiederherstellung des Weltwirtschaftsverkehrs gerichteten Wirtschaftspolitik, die Friedensverhandlungen endlos hinauszuzögern, die Blockade Deutschlands noch nahezu fünf Vierteljahre über den Waffenstillstand hinaus auszudehnen, in Europa einige wirtschaftlich ganz lebensunfähige Kleinstaaten zu schaffen, die Festsetzung der deutschen Kriegsschädigungen immer wieder hinauszuschieben und Deutschland durch das Abkommen von Spaa zu Kohlenlieferungen zu zwingen, die der französischen Industrie in ihrer Rivalität gegen die amerikanischen, englische, deutsche Konkurrenz nur wenig nützen, aber die deutsche Industrie niederhalten! In Amerika macht man denn auch diese Politik nicht mehr mit, läßt Wilson fallen, ignoriert seine ideologischen Weltverbesserungspläne, erkennt den Friedensvertrag von Versailles nicht an und sucht sogar in manchen Kapitalistenkreisen nach Mitteln, durch Kredithilfe und Erhöhung des Markkurses den Absatz nach Deutschland zu fördern. So wurde zum Beispiel am 10. und 11. Dezember in Chicago auf einer Versammlung von mehreren hundert Repräsentanten großer amerikanischer Finanz- und Industrieorganisationen die Gründung eines Kreditinstituts, der »Foreign Trade Financing Corporation«, beschlossen, das sich die Unterstützung des Außenhandels, namentlich mit Deutschland, durch langfristige Kreditgewährungen zur Aufgabe machen soll, während von anderer Seite, namentlich in den Kreisen der großen Baumwollpflanzer und Getreidefarmer zum Zweck der Exportbeförderung die Wiedererrichtung der War Finance Corporation geplant wird. —

In Frankreich denkt man freilich anders. Dort fürchtet man die Revanche eines politisch und wirtschaftlich wiedererstarkenden Deutschlands und sucht deshalb dessen Gesundung in jeder Weise zu hemmen. Und die Regierung Lloyd Georges schließt sich regelmäßig nach einigem Widerstand und gespreizten schönen Artikeln der regierungsamtlichen Presse über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas den französischen Forderungen an, wie sie auch jetzt wieder auf der interalliierten Konferenz in Paris sich den französischen Wünschen anbequemt und sogar die Forderung der Erhebung einer Steuer von 12½ Prozent ad valorem auf die deutsche Ausfuhr angenommen hat.

Unverbesserliche anglophile liberale Politiker haben daraus geschlossen, die französische Diplomatie habe sich wieder, wie schon so oft, der englischen

als überlegen erwiesen und die englischen Bedenken zu beschwichtigen verstanden. In Wirklichkeit sind es ganz andere Gründe, die die englische Regierung nach einigen Einsprüchen immer wieder zum Nachgeben bestimmen. Will England sich seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf die Entwicklung des europäischen Kontinents erhalten und Deutschlands wirtschaftliche Wiedererstarkung bis zur früheren Konkurrenz hintanhalten, dann vermag es das nur in der Vereinigung mit Frankreich — derart, daß es Frankreich in seinem politischen Machtstreben bis zu gewissem Grade unterstützt, dafür aber andererseits Frankreich bei allen beabsichtigten wichtigen Schritten an Englands Zustimmung bindet und es in Abhängigkeit von der englischen Wirtschaftssuprematie erhält. Eine solche Stellung Frankreichs bietet England zugleich den Vorteil, daß Frankreich in Rücksicht auf die englische Unterstützung in Europa seinen Widerwillen gegen die englischen Machtpläne im Orient zu unterdrücken gezwungen ist und England darauf rechnen kann, wenn es in wirtschaftliche Interessenkonflikte mit dem Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika geraten sollte, an Frankreich einen gewissen Rückhalt zu haben.

Deshalb zeugt es auch von einer völligen Verkennung des Charakters der englisch-französischen Liaison, wenn von deutschen Angomanen trotz aller üblen Erfahrungen immer wieder der Anschluß an England empfohlen wird. Selbst wenn das jetzige englische Kabinett durch ein anderes ersetzt werden sollte, würde sich an der außenpolitischen Taktik Englands wahrscheinlich wenig ändern; denn die Gründe für ihre Beibehaltung bestehen fort. Sein Interesse gebietet deshalb Deutschland, wie in der Neuen Zeit wiederholt dargelegt worden ist, die möglichst baldige Erneuerung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und zugleich den Anschluß an den großen Freistaat Nordamerikas, der ihm auch für die Wiedergewinnung seiner alten Position auf den meisten südamerikanischen Märkten weit nützlicher sein würde als ein Nachtroffen im Gefolge Englands.

## Nochmals zur Frage der Planwirtschaft

Von Dr. Karl Landauer (München)

Zu den Ausführungen des Genossen Sachs über »Sozialisierung und Planwirtschaft« in Nr. 19 der Neuen Zeit möchte ich feststellen, daß wir im Endergebnis kaum verschiedener Meinung sind. Für Genossen Dr. Sachs ist die Planwirtschaft kein Universalrezept. In meinem Aufsatz war betont, daß die Einführung von Selbstverwaltungsorganisationen in einzelnen Industriezweigen schon im ersten Stadium der Sozialisierung durchaus zweckmäßig sein kann und für einen späteren Zeitpunkt vielleicht auch die Bedenken gegen die allseitige Durchführung des Prinzips der industriellen Selbstverwaltung wegfallen. Zur Klarstellung muß ich aber doch bemerken, daß die von Sachs verteidigte Planwirtschaft nicht diejenige ist, die wir aus den Reden und Schriften des Genossen Wissell kennen. Für Wissell handelt es sich nicht um die Bildung einzelner Selbstverwaltungskörper, sondern um eine rasche Organisation der ganzen Wirtschaft nach dem Grundsatz der staatlich beaufsichtigten Selbstverwaltung, damit der obersten Wirtschaftsbehörde die Aufstellung eines allumfassenden Wirtschaftsplans ermög-